



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin



Za 1

bearbeitet von:



Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-

Fax +49 30 18 527-


za1-geschaeftsbereich@bmas.bund.de

DE-MAIL: poststelle@bmas.de-mail.de

www.bmas.de

Berlin, 8. Juli 2021

AZ: Za 1- 53 - 1

- ausschließlich per E-Mail: @[fragenstaat.de](mailto:fragenstaat.de) -

## Zugang zu amtlichen Informationen; Ihre E-Mail vom 21. Juni 2021

Anlagen: -

Sehr geehrter Herr Dr. Borowsky,

mit E-Mail vom 21. Juni 2021 haben Sie um Auskunft gebeten, um welche Personen und Mitgliedsnummern es sich bei den insgesamt 15 Mitgliedschaften in der NSDAP konkret und namentlich handelt, die bei einer Antwort der Bundesregierung vom 14. Dezember 2011 (BT-Drs. 17/8134) auf eine parlamentarische Anfrage zur Erforschung der NS-Belastung von Bundesbehörden und -gerichten mitgeteilt wurden. Weiter bitten Sie um Angabe, wann der Eintritt erfolgte und ob weitere Erkenntnisse vorliegen.

Sie stützen Ihre Anfrage unter anderem auf § 1 Absatz 1 des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes.

Hierauf teilen wir Ihnen mit, dass dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die erbetenen Informationen nicht vorliegen. Bei der Erstellung der Antwort auf die betreffende Große Anfrage befragte man das Bundesarbeitsgericht entsprechend der Fragestellung (Frage 7: „Wie viele Personen mit NS-Belastung waren nach Erkenntnissen der Bundesregierung nach 1949 an Bundesgerichten als Richter bzw. Staatsanwälte

tätig?"), wie viele Richter als „belastet“ im Sinne der parlamentarischen Frage gelten. Das Bundesarbeitsgericht nannte lediglich die Anzahl „15“ gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ohne die Namen der insoweit als belastet geltenden Personen mitzuteilen.

Wir empfehlen Ihnen daher, Ihre Anfrage an das Bundesarbeitsgericht zu richten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

